

DIE WELTWOCHEN

Verkehr

Wegelagerer

Doris Leuthards Mobility-Pricing ist einfach nur unsozial.

Christoph Mörgeli

Bundesrätin Doris Leuthard kennt das Rezept gegen die chronische Überlastung der Verkehrswege in Spitzenzeiten: das Mobility-Pricing. Selbstverständlich verliert sie kein Wort über den wirklichen Grund der Überforderung unserer Infrastrukturen, nämlich die ungebremste Zuwanderung. Nur wenn der Bundesrat den jährlichen Zustrom in der Grössenordnung der Stadt St. Gallen verhindert, können unsere Verkehrswege den Ansturm einigermaßen bewältigen. Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gründete auch in den hoffnungslos überfüllten Zügen und im milliardenteuren Strassenstau. Es fällt nicht schwer, an der (lauten) Akustik der Zugmitbenutzer oder an der Höhe der Autonummernschilder herauszufinden, dass nicht die Zraggens, Zuberbühlers und Zumstegs unterwegs sind.

Leuthardsche Refeudalisierung

Nun sollen wir also ein Überbevölkerungs-Pricing bezahlen. Die «benützungsbezogene Abgabe für die Infrastrukturnutzung» ist nichts anderes als ein weiterer Raubzug und eine Wegelagerung zwecks Füllung der Staatskassen. Die leuthardsche Refeudalisierung der Mobilität führt uns zurück ins Mittelalter, als sich nur eine kleine Oberschicht das Reisen überhaupt leisten konnte. Der Denkfehler bei der Massnahme des Home Office beginnt schon da, dass der Bund und die Bundesbetriebe ihre Angestellten zweifellos zu Hause vor dem PC arbeiten oder faulenzen lassen; aber ausgerechnet die schlechter entlöhnten Angestellten in Gewerbe und Dienstleistungen müssen zwingend ihren Arbeitsort erreichen, wo auch die Kunden sind. Sie zusätzlich mit einer Busse wegen der für sie vorgegebenen Tageszeit zu belegen, ist einfach nur unsozial.

Umgekehrt könnten sich viele Rentnerinnen und Rentner etwas höhere Verkehrsabgaben durchaus leisten. Sie sind es dann, die in den Spitzenzeiten die fürs werktätige Volk nicht mehr erschwinglichen Tageszeiten zu Ausflügen nutzen. Abzulehnen ist in einem freiheitlichen Staat auch das mit Mobility-Pricing einhergehende System der

totalen Überwachung der Bewegungsmuster der Bürger. Die Verkehrsteilnehmer sollen die Nutzung der Verkehrswege ausschliesslich nach ihren beruflichen und privaten Bedürfnissen richten – und nicht nach jenen des Staates. Das Einzige, bei dem der Staat Gutes tun kann: die Strasseninfrastrukturen endlich ausbauen und die Zuwanderung endlich stoppen.